

## Staat hat viel zu lange weggeschaut

### Gewalt gegen Polizei

**Zum Artikel „Nach Polizistenmord bei Kusel: Hundertfache Hetze im Internet“ (TV vom 8. Februar) und zum Leserbrief „Polizei muss wieder respektiert und unterstützt werden“ (TV vom 12./13. Februar):**

Ich kann dem Leserbriefschreiber nur voll und ganz recht geben. Unsere Polizei muss viel mehr unterstützt werden. Mich hat der Mord an den zwei jungen Polizisten auch tief erschüttert, und ich hoffe sehr, dass diese Mörder ihre volle harte Strafe bekommen! Unsere Polizei setzt Tag für Tag ihr Leben aufs Spiel für uns, und was sie sich dabei oft bieten lassen muss, ist wirklich unerträglich. Das geht gar nicht! Was muss denn noch alles passieren, bis man diesen gewaltbereiten aggressiven Menschen in unserem Land endlich Einhalt gebietet? Ich bin, genau wie der Leserbriefschreiber, auch der Meinung, dass der Staat viel zu lange weggeschaut hat. Und es ist höchste Zeit, hier schnell und unbürokratisch durchzugreifen, damit das Leben der Polizistinnen und Polizisten sowie Ordnungsamt-Bediensteten besser geschützt ist und ihre Arbeit wieder respektiert wird!

Elfriede Sebastiani, Ensch

## Wird die grüne Ideologie zur „Staatsreligion“ erklärt?

### Jennifer Morgan

**Zum Artikel „Baerbock holt Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan ins Auswärtige Amt“ und zum Leitartikel „Ein wichtiges Signal – doch der Beigeschmack bleibt“ (TV vom 10. Februar):**

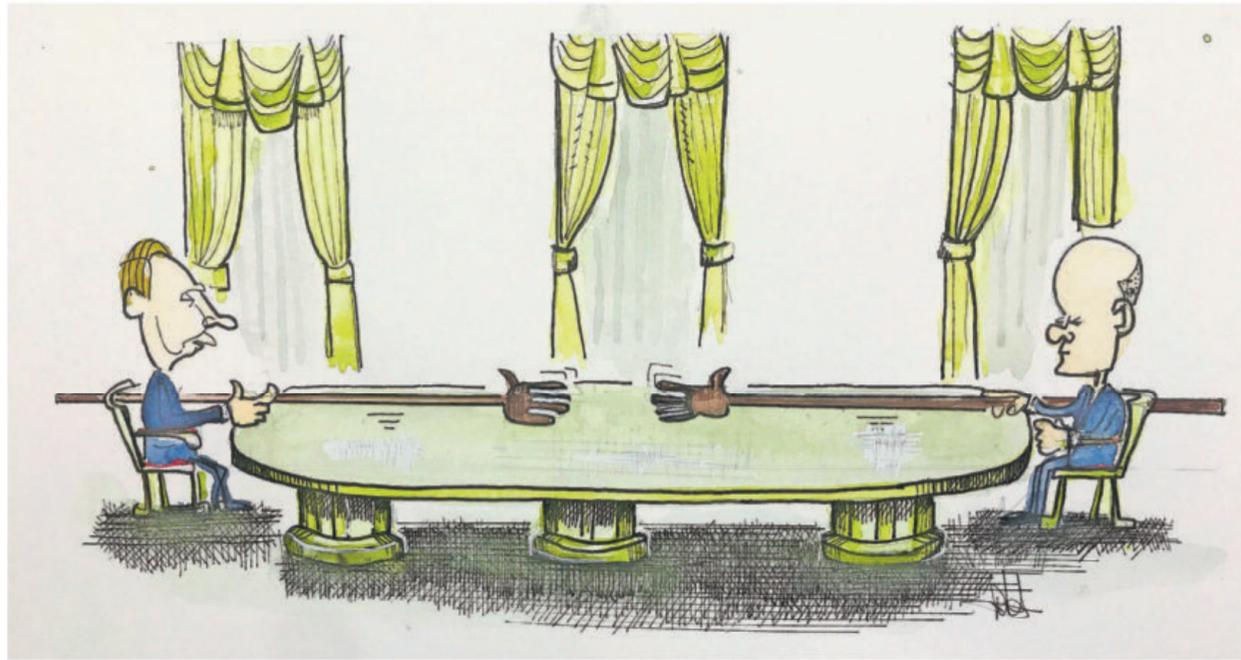
Zum oben genannten Thema kommt man um Fragen nicht herum: Wieso werden von den Regierungsmitgliedern der Grünen ressortübergreifend Entscheidungen und Aussagen (Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz zu Corona, Außenministerin Annalena Baerbock zum Klima) getroffen? Vertritt Baerbock überhaupt noch die Interessen des Landes, oder gilt nur noch das grüne Ziel, auf „Teufel komm raus“ die Welt zu retten? Und muss nicht bei Greenpeace mal die teils kriminelle Aktionsbreite betrachtet werden und die Verantwortlichkeit der ehemaligen Chefin? Wird die grüne Ideologie zur „Staatsreligion“ erklärt? Und wollten nicht die Grünen den Lobbyismus abschaffen, genauso wie das Berufsbeamtentum? Dem Wähler und Verbraucher wird aus meiner Sicht zunehmend das Geld für realitätsferne deutsche Klimapolitik aus der Tasche gezogen, und keiner wehrt sich offenbar dagegen. Wo sind denn die Oppositionsparteien? Und gibt es den Bundeskanzler noch, oder hat er vergessen, das er regiert (er leidet ja öfter unter Gedächtnislücken)?

Christine Meyer, Irsch

## WWW

Diese und weitere Leserbriefe finden Sie im Internet unter [volksfreund.de](http://volksfreund.de)

**Produktion dieser Seite:**  
Ulrike Löhnertz



### UKRAINE-KRISE

## Langer Tisch, kurzer Draht?

Der Tisch ist lang. Trotzdem scheint bei Wladimir Putin etwas von dem angekommen zu sein, was Olaf Scholz gesagt hat. Und umgekehrt. Nicht auszudenken, wenn der derzeit bekannteste Tisch der Welt, der übrigens sechs Meter lang und 2,60 Meter breit ist und aus Italien stammt, reden könnte ...

KARIKATUR: ROLAND GRUNDHEBER

## Putin muss konsequent der Wind aus den Segeln genommen werden

### Ukraine-Konflikt

**Zum Bericht „Nach Putin-Scholz-Gipfel: Zeichen stehen auf Entspannung“ (TV vom 16. Februar) sowie weiteren Artikeln zur Ukraine:**

Auf den ersten Blick könnte man Putins Strategie als plump bezeichnen. In Wirklichkeit ist sie ebenso raffiniert wie perfide. Es ist eine Doppelfalle. Und sie dient seinem anachronistischen Machtanspruch aus meiner Sicht genauso wie der Kompensation seines narzisstischen Minderwertigkeitskomplexes. Der Zerfall der alten Sowjetunion hat den ehemaligen sowjetischen

Geheimdienstler im Innersten getroffen. Mit aller Macht versucht er die Restauration. Und das geht so: Durch sein beschworenes, irreales Bedrohungsszenario, seine illusorischen Sicherheitsforderungen an den Westen und den martialischen militärischen Aufmarsch bringt er Unruhe ins Spiel. Das führt bei Europäern, Anrainern, Nato und den USA zu aufgeregter Diplomatie, zu wirtschaftlichen Sanktionen und dort gleichfalls zu militärischen Aufrüstungen. Diese bewusst provozierten Reaktionen des Westens nutzt Putin nun als Argument, militärisch zu reagieren, womög-

lich in die Ukraine einzumarschieren. Das ist die erste Falle, in die der Westen reinzufallen droht. Das ist deswegen so tragisch, weil still zuschauen und nicht reagieren die zweite Falle öffnet. Denn keine Gegenwehr würde der russische Usurpator als Aufforderung zur Annexion deuten. Ein Dilemma, in das Putin die Gegenseite dirigiert. Was ist zu tun? Olaf Scholz ist meines Erachtens einer der wenigen, die dieses „Spielchen“ durchschauen und angemessen reagieren. Keinesfalls sollte man in die militärische Aufrüstungsspirale hineinlaufen. Un-

bedingt muss jetzt konzertiertes diplomatisches Handeln der direkt und indirekt betroffenen Staaten weiter verfolgt werden. Einzelaktionen bestärken die Spaltungsin- tentionen Putins. Mit allen Mitteln müssen beide Seiten an einen Tisch. Und dann müssen alle Fakten, Ängste und Argumente auf diesen Tisch. Die Verhandlungen sollten allen beteiligten Staaten und Menschen live und direkt zugänglich sein; Lug und Trug wären vor diesem großen Publikum weniger möglich. Putin muss konsequent der Wind aus den Segeln genommen werden,

ein konstruiertes Bedrohungsszenario muss ad Absurdum geführt werden. Das gelänge zum Beispiel dadurch, dass in der Ukraine und anderen Grenzregionen kooperierende Sicherheitskräfte beider Seiten stationiert würden. Parallel müsste sich die Politik intensiver um wirtschaftliche, technische, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit bemühen. So würde jede Blockbildung gebremst und der Weg offen für eine neue, nachhaltigere Sicherheitsarchitektur.

Peter Grasmück, Taben-Rodt

## Beschämende Haltung im EU-Parlament

### Tierschutz

**Zum Artikel „EU-Parlament will Tiertransporte verbessern“ (TV vom 21. Januar):**

„Jedem Tier gebührt ein Leben in Würde. Wir müssen dafür die Voraussetzungen schaffen“ (Franz von Assisi). Dieser Satz sagt im Grunde alles und sollte eine ethische Leitlinie für den Umgang des Menschen mit sogenannten „Nutztieren“ sein. Doch die Wirklichkeit nicht nur in der Tierhaltung, sondern auch bei den Tiertransporten innerhalb der EU und in sogenannte Drittländer sieht größtenteils gänzlich anders aus. Da werden laut Tierschutzorganisationen wie der Animal Welfare Foundation Ferkel von Dänemark über eine deutsche EU-zugelassene Sammelstelle quer durch Europa bis Italien transportiert. Weibliche Rinder, in ganz Deutschland „gesammelt“, werden als „Zucht-

rinder“ deklariert, in Südeuropa verschifft und zum Beispiel in den Libanon oder nach Marokko transportiert, um dann dort ohne Betäubung grausam geschächtet zu werden. Rinder, die hier im Überfluss „produziert“ werden, bringen dem Händler im Ausland ein Vielfaches mehr an Gewinn und sind somit ein lukratives Exportgut. Es gibt hinreichend belegte Nachweise für die Grausamkeit und Qualen, welche die Tiere auf langen Transporten erdulden müssen. Ausführliche Informationen sowie Einsatzberichte hierzu sind auf <https://www.animal-welfare-foundation.org> zu finden. Umso beschämender ist es, dass das EU-Parlament in seiner Abstimmung am 20. Januar nur zu einem Teil den Empfehlungen des „Sonderausschusses Tiertransporte“ (ANIT) gefolgt ist. Weiterhin kann der Großteil der Tierarten bis zu 29 Stunden im LKW transpor-

tiert werden, und Schifftransporte sollen weiterhin ohne zeitliche Begrenzung möglich sein. Es ist mehr als beschämend, dass mal wieder die größtmögliche Gewinnoptimierung vor dem Tierwohl steht – und dies mit Unterstützung des EU-Parlamentes. Welch ein humanitäres Armutszeugnis! Man sollte diesen Damen und Herren Parlamentariern zusammen mit den zu rechtlosen „Nutztieren“ degradierten Mitgeschöpfen im Laderaum eines LKW und eines Schiffes bei unzumutbaren Temperaturen, ohne ausreichend Wasser und Nahrung, ohne ausreichend frische Luft, in qualvoller Enge zusammengepfercht, misshandelt, verletzt und voller Angst, einen solchen Transport des Grauens „angedeihen“ lassen, damit sie wissen, worüber sie abstimmen.

Claudia Heine, Etgert

## Gesetzliche Regeln sollten nicht weiter verunsichern

### Triage

**Zu den Interviews mit Prof. Till Zimmermann „Wie entscheidet man über Leben und Tod?“ (TV, 21. Januar) und Prof. Tim Piepho, „Triage? Wir priorisieren fast täglich“ (TV, 27. Januar):**

In der aktuellen Diskussion geht es um die Triage bei zwei (oder mehreren) gleichzeitig schwer erkrankten Menschen bei fehlenden Kapazitäten. Hier soll der Gesetzgeber Klarheit schaffen. Das heißt, es wird im medizinischen Bereich, der sowieso schon überdimensional mit Bürokratie überlastet ist, zu weiterem Aufwand kommen. Dann stellt sich mir die Frage: Worin besteht die Notwendigkeit einer weiteren gesetzlichen Regelung? Sind hier Fälle bekannt, bei denen die verantwortlichen Ärzte nicht

nach bestem Wissen und Gewissen entschieden haben? Mir nicht! Prof. Piepho hat ganz klar dargestellt, nach welchen Kriterien hier entschieden wird. Als Krankenpfleger mit 48 Dienstjahren, in allen Bereichen, darunter elf Jahre Anästhesie und Intensivpflege, kann ich dies bestätigen. Bei der großen Anzahl von aus-sagekräftigen, differenzierten und detaillierten Untersuchungsmöglichkeiten gibt es keine gleichen „Fälle“. Dagegen sollten lieber die Gründe behoben werden, die dazu führen, dass es zu Ressourcenknappheiten kommt. Einige Krankenhauskonzerne schütten Millionengewinne an Aktionäre aus. Kommunale Häuser werden mit Millionen aus Steuergeldern unterstützt. Wer kann das erklären? Die

Situation ist seit Jahren bekannt, aber nichts geschieht! Stattdessen soll zusätzlich Bürokratie aufgebaut werden, was weitere Ressourcen binden wird. Wo bleibt hier die Vernunft? Wie bereits im Interview mit Prof. Piepho erwähnt, sollten sich Juristen zuerst die Praxis in Krankenhäuser ansehen, dann das Gespräch mit Ärzten und Pflegepersonal suchen, bevor sie vom „grünen Tisch“ aus ein Fass aufmachen und die Menschen weiter verunsichern. Wenn es gesetzliche Regelungen geben soll, dann solche, die Ärzte und Pflegepersonal in ihrem bisherigen, verantwortlichen und gewissenhaften Handeln Rechtssicherheit geben und nicht noch weiter verunsichern!

Edmund Bohr, Baldringen

## Hoffen und glauben, dass die Kirche zu Gott zurückfinden kann

### Missbrauchsskandal

**Zum Artikel „Neue Kritik an Benedikt XVI.“ sowie weiteren Artikeln zum Missbrauchsskandal:**

Die römisch-katholische Kirche zählt weltweit 1,34 Milliarden Mitglieder. Ich für meinen Teil habe mich aus dieser Glaubensgemeinschaft verabschiedet. Ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber ich habe den Glauben daran, dass sich diese Kirchengemeinschaft ändern könnte, verloren. Es gibt Lippenbekenntnisse, von denen jeder Bischof, jeder Priester und jeder treue Kirchgänger in Deutschland und der Welt weiß, dass sie nicht umgesetzt werden. Man versucht damit von den laufenden Skandalen abzulenken. Das ist nicht nur Missbrauch Schutzbefohlenen und die Vertuschung dieser Taten. Es ist auch Geld. Viel Geld. Das funktioniert schon über 2000 Jahre in diesem elitären Club. Von der Inquisition über Hexenverbrennung bis hin zum Missbrauch von Schutzbefohlenen. Diese Kirche vertritt nicht meinen Gott. Sie vertritt ihre Interessen, und das ist aus meiner Sicht das Geldverdienen. Meinen Glauben an Gott kann mir die römisch-katholische Kirche nicht nehmen. Sie hat mir allerdings den Glauben genommen, dass sie etwas an der Struktur ändern wird. Deshalb bin ich aus dieser Kirche ausgetreten. Ich bin leidenschaftlicher Motorradfahrer, muss aber nicht bei den Hells Angels Mitglied sein, um das Motorradfahren zu genießen. Wer allerdings meint, dass es sexuelle Nötigung von Schutzbefohlenen nur in der katholischen Kirche gibt, glaubt auch an die Zahnfee. Die gibt es bei Atheisten, genauso wie bei Muslimen, oder Buddhisten. In allen sozialen Schichten. Aber was für mich den Auslöser gab, war, das Bischof von Köln, Rainer Maria Wölke, 2,8 Millionen

Euro für Anwälte und eine PR-Agentur ausgegeben hat, um aus der „Misere“ herauszukommen. Der Gipfel sind die Erinnerungs-lücken des emeritierten Papstes Benedikt, Bischof Marx, der noch nicht mal zur Pressekonferenz geht, Bischof Voderholzer, der schlimme Taten relativiert, und Bischof Ackermann, der seit über zehn Jahren mehr Aufklärung verhindert. Alle diese Herren sind aber so wortgewandt und sehr gut rhetorisch geschult, dass mir nur der stumme Protest mit den Füßen bleibt. Ich kann als guter Christ nur hoffen. Hoffen darauf, dass es mir mehr Menschen gleich tun und der Staat, der uns Bürger repräsentiert, irgendwann erkennt, dass Kirchensteuer und die Bezahlung der Bischöfe in Deutschland keine Aufgabe des Staates ist. Hoffen und glauben, dass sich die Kirche mehr auf ihre spirituellen Aufgaben besinnt und wirklich zu Gott zurückfinden kann.

Peter Kühn, Temmels

### HINWEIS

Liebe Leserin, lieber Leser!

Haben Sie Anmerkungen zu Artikeln oder Kommentaren, die im TV erschienen sind? Dann schreiben Sie uns! Ihr Leserbrief sollte maximal 2400 Zeichen inklusive Leerzeichen lang sein. Wir behalten uns vor, sinnwährend zu kürzen. Die Einsender sind damit einverstanden, dass ihr Name und Wohnort in der Zeitung und im Internet auf [volksfreund.de](http://volksfreund.de) veröffentlicht und archiviert werden.

Geben Sie Ihre Adresse und Telefonnummer an. Und so erreichen Sie uns: E-Mail: [leserbriefe@volksfreund.de](mailto:leserbriefe@volksfreund.de); Brief: Trierischer Volksfreund, Hanns-Martin-Schleyer-Str. 8, 54294 Trier